

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Corinna Rüffer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Hochverehrte Frau Präsidentin! Liebe Demokratinnen und Demokraten! So ein Haushalt ist ja nicht dazu da, dass man irgendwie Milliarden hin- und herschiebt. So ein Haushalt ist dafür gedacht, dass wir unsere Gesellschaft zusammenhalten, dass unser Gemeinwesen weiterhin gut funktioniert. Auch wenn das diesmal noch mit hohem Aufwand und großem Einsatz unserer Haushälter/-innen gelingt, stehen wir mit Blick auf das, was uns in der Zukunft bevorsteht, natürlich vor ganz großen Problemen. Das ist uns allen, glaube ich, klar.

Unsere Demokratie steht unter Druck wie nie. Wir haben das gerade in dieser Woche wieder schmerzlich gemerkt. Ich will mal sagen: Wer das Narrativ vom faulen Arbeitslosen bedient und die Bürgergeldempfänger/-innen gegen den Niedriglohnarbeiter oder Geflüchteten ausspielt, nur um kurzfristig die eigene Klientel zu bedienen, der spaltet die Gesellschaft und fügt unserer Demokratie schweren Schaden zu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wer davon redet, dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem hätten, und damit meint, wir sollten bei denen sparen, die zu schwach sind, sich zu wehren, und die über keine finanzkräftige Lobby verfügen,

**(B)**

(Zurufe von der CDU/CSU)

der sorgt dafür, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie verlieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU/CSU)

Soziale Investitionen – da hat Herr Heil vollkommen recht – sind kein Nice-to-have, sind keine Variable. Soziale Investitionen sind Investitionen in die Zukunft dieses Landes. Wer meint, dass der Sozialstaat überfrachtet sei, den lade ich gerne mal ein ins Paul-Löbe-Haus in den „Lampenladen“, in dem wir alle gerne lecker essen gehen, um da aus dem Fenster zu schauen in Richtung Spree. Da übernachteten jeden Tag Menschen in ihren Zelten,

(Jörn König [AfD]: Opfer Ihrer Politik!)

waschen sich morgens in der Spree. So sieht das Leben eines Teils unserer Gesellschaft hier in Deutschland heutzutage aus.

(Jörn König [AfD]: Und Sie regieren! – Zurufe von der CDU/CSU)

Wer die U-Bahn nutzt und wer die S-Bahn in Berlin nutzt – das sollten Sie vielleicht häufiger mal tun –,

(Zurufe von der CDU/CSU)

der trifft oftmals auf Menschen, die nicht von A nach B wollen, sondern die sich wenigstens für einen Moment vor der Kälte schützen müssen und deswegen Zuflucht in der S- oder U-Bahn suchen. Das ist die Realität eines Teils der Menschen in diesem Land.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Das Publikum in der S-Bahn ist in der Tat lehrreich!)

– Und wer dagegen brüllt, den lade ich ein, das gleich im Anschluss mit mir zu tun.

(Jörn König [AfD]: Also ich fahre viel S-Bahn, Frau Rüffer!)

Und dann schauen wir uns an, wie die Situation in diesem Land für viele Menschen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Pascal Kober [FDP] und Matthias W. Birkwald [fraktionslos] – Zuruf von der AfD)

Die Not dieser Menschen ist und bleibt eine Schande für ein Land, das eigentlich so reich ist wie das unsere.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörn König [AfD]: Dann schaffen Sie doch die Schande ab! Sie regieren! Schaffen Sie die Schande ab!)

Die Antwort kann keine Scheindebatte über Totalverweigerer oder Ähnliches sein, sondern die Antwort muss sein, dass wir diesen Menschen unter die Arme greifen, ihnen die Unterstützung geben, die es akut braucht,

(Zuruf des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

aber die es vor allen Dingen braucht, um diese Menschen aus dieser Lage wieder herauszuholen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Von wem sprechen wir denn eigentlich? Es geht um Menschen mit Behinderungen, mit chronischen Erkrankungen, Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen, die weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit, von Armut und von Obdachlosigkeit betroffen sind, um Leute, über die jemand wie Aiwanger sagt, es seien „Taugenichtse“. Aber die Würde des Menschen ist unantastbar, und sie ist keine Verhandlungsmasse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass sie für uns keine Verhandlungsmasse ist, das hat unser Sprecher für Haushaltspolitik hier am Dienstag gesagt, und genau das meinen wir, wenn wir über die inklusive Gesellschaft sprechen. Demokratie braucht eine Haushaltspolitik, die Diskriminierung abbaut, Armut beseitigt und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

(Zuruf der Abg. Dr. Silke Launert [CDU/CSU])

Strukturen, die nicht funktionieren, erschüttern allerdings das Vertrauen der Menschen in uns als Politiker und in diese Demokratie insgesamt. Wenn wir es noch länger versäumen, in die Zukunft unseres Landes zu investieren, aufgrund irgendeiner diffusen Angst vor Schuldenber-

**(C)****(D)**

**Corinna Rüffer**

- (A) gen, mit kurzfristigen Sparmaßnahmen im Blick und einem dogmatischen Festhalten an der Schuldenbremse, dann wird es richtig teuer. Unsere Demokratie wird irgendwann zur Verliererin; denn sie erträgt kein Mehr an Ungleichheit.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat Pascal Kober für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Pascal Kober (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 175,7 Milliarden Euro werden im Jahr 2024 für den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und damit für die Aufgaben, die dort bearbeitet werden, zur Verfügung gestellt werden. „Zur Verfügung gestellt werden“ sage ich deshalb, weil ich es als Freier Demokrat schon wichtig finde, dass wir auch in einer haushaltspolitischen Debatte daran erinnern, dass es die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die Pensionärinnen und Pensionäre und viele andere sind, die durch ihre Arbeit und die daraus folgenden Steuereinnahmen überhaupt erst die Möglichkeiten schaffen, dass wir diese sinnvolle Politik gemeinsam gestalten können.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kleinwächter [AfD]: Freiwillig machen sie das nicht!)

Das tun sie in einem nicht einfachen Umfeld nach 16 Jahren liegegeliebener Reformen.

(Widerspruch des Abg. Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU])

Ich erinnere beispielsweise daran, dass es die CSU war, die damals, als wir gemeinsam in der Regierung waren, die CDU daran gehindert hat, mit der damaligen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und der FDP ein weit-sichtiges Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen.

(Zurufe von der CDU/CSU und der AfD)

Das führt dazu, dass heute jedes zweite Unternehmen aufgrund des Fachkräftemangels in seiner Geschäftstätigkeit gehindert ist.

(Zuruf von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass diese Ampelkoalition diese Baustelle neben vielen anderen, die Sie hinterlassen haben, in Angriff genommen hat und das Problem gelöst hat.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

So ermöglichen wir ab dem 1. März, dass Menschen, die Berufserfahrung haben, die ein Jobangebot haben, die einen Berufsabschluss im Ausland erworben haben und ein Mindesteinkommen haben, hierherkommen können, um zu arbeiten. Wir verkürzen die Verfahren, indem wir festlegen, dass die Berufsanerkennung nicht vorgeschaltet werden muss. Vielmehr können die Menschen anfangen, zu arbeiten, und dann kann die Berufsanerkennung und möglicherweise auch die Nachqualifizierung fortlaufend während der Erwerbstätigkeit laufen. Das heißt, die Leute können dann schon arbeiten und sind schon hier, sind eine Unterstützung für unsere Wirtschaft. Das ist überfällig. Und wir haben das auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus erkennen wir auch Wirklichkeiten an. In vielen Unternehmen ist es möglich, auch auf Englisch zusammenzuarbeiten, gerade im IT-Bereich. Deshalb haben wir die Hürden für den Spracherwerb abgesenkt. Man kann im Übrigen auch Deutsch am Arbeitsplatz lernen, vielleicht sogar besser als in manchem Unterrichtsraum, in der Theorie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Politik, die an den Notwendigkeiten orientiert ist, eine Politik, die an den Realitäten orientiert ist, ist Kennzeichen dieser Regierungskoalition. Dafür stehen wir auch mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum 1. Juni werden wir durch die Einführung eines Punktesystems endlich Anschluss an die erfolgreichen Einwanderungsländer finden, bei dem man aufgrund von Berufsqualifikation, aufgrund von Alter, aufgrund von Berufserfahrung und weiteren Kriterien Punkte sammeln und hierherkommen kann, um dann hier vor Ort einen Arbeitsplatz zu suchen. Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, war längst überfällig und ist mit dieser Regierungskoalition endlich Realität in unserem Land.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir von Realitäten sprechen: Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, ich fand es schon bemerkenswert, dass ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union sich in dieser Woche hierhingestellt hat und behauptet hat, dass 1,7 Millionen arbeitssuchende Bürgergeldbezieher am nächsten Tag – das wäre nach meiner Rechnung am Mittwoch gewesen – sofort anfangen könnten zu arbeiten.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ungeheuerlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist das für ein Unsinn? Was ist das für eine unseriöse Oppositionspolitik?

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

(D)